Das kommunalpolitische Interesse der jungen Stuttgarter/-innen ist deutlich gestiegen

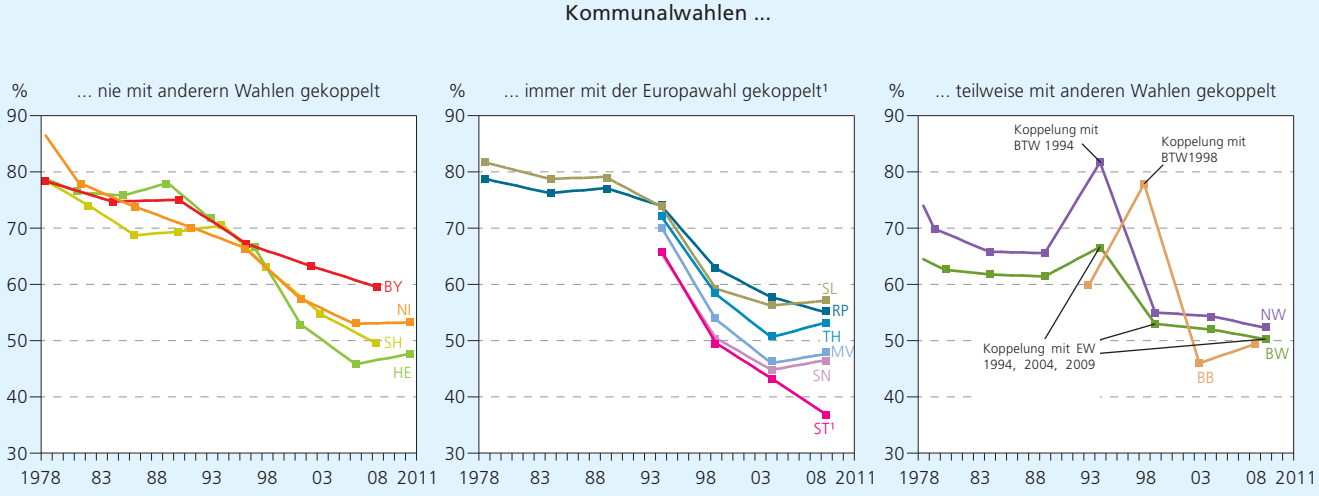
Michael Haußmann

Misst man das kommunalpolitische Interesse in Deutschland an den Beteiligungsquoten der Kommunalwahlen, könnte man schnell zum Schluss kommen, dass dieses immer weiter abnimmt. Anfang der 1980er-Jahre wurden in den deutschen Flächenländern auf der kommunalen Ebene noch zwischen 60 und 80 Prozent Wahlbeteiligung erreicht, inzwischen liegen die Quoten in sechs der 13 Flächenländer unter der 50 Prozent-Marke. Bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2007 und 2009 wurde die 40 Prozent-Schallmauer sogar erstmals nach unten durchbrochen (vgl. Abbildung 1).

Die anhaltende Talfahrt der Wahlbeteiligung wurde in den meisten Ländern durch die Kombination mit der Europawahl (EW) etwas gedämpft. Allein in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg konnte durch die Koppelung mit der Bundestagswahl (BTW) eine deutlich überdurchschnittliche Beteiligung von rund 80 Prozent erzielt werden. Dass die Talsohle der Wahlbeteiligung zumindest erreicht, wenn nicht überschritten ist, lassen zumindest die jüngsten Ergebnisse in den Ländern Hessen, Niedersachsen, Saarland, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg erhoffen. Dort konnten nach längerer Zeit wieder leichte Zuwächse beobachtet werden (vgl. Abbildung 1). In Baden-Württemberg ist eine solche Trendwende (noch) nicht zu erkennen – in Stuttgart ist zumindest eine Stagnation zu konstatieren (vgl. Abbildung 2). Allenfalls die deutlich gestiegene Beteiligung an der jüngsten Landtagswahl lässt hier für die Zukunft hoffen.

Wenn man ausschließlich die Wahlbeteiligung betrachtet, muss man sich fragen, ob diese das kommunalpolitische Interesse überhaupt abbilden kann. Im Rahmen der Wahltagsbefragung des Statistischen Amts zur

Abbildung 1: Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen in den deutschen Flächenländern seit 1978



Bayern BY
Niedersachsen NI
Schleswig-Holstein SH
Hessen HE

Saarland SL
Rheinland-Pfalz RP
Thüringen TH
Mecklenburg-Vorpommern MV
Sachsen SN
Sachsen-Anhalt ST

Nordrhein-Westfalen NW
Baden-Württemberg BW
Brandenburg BB

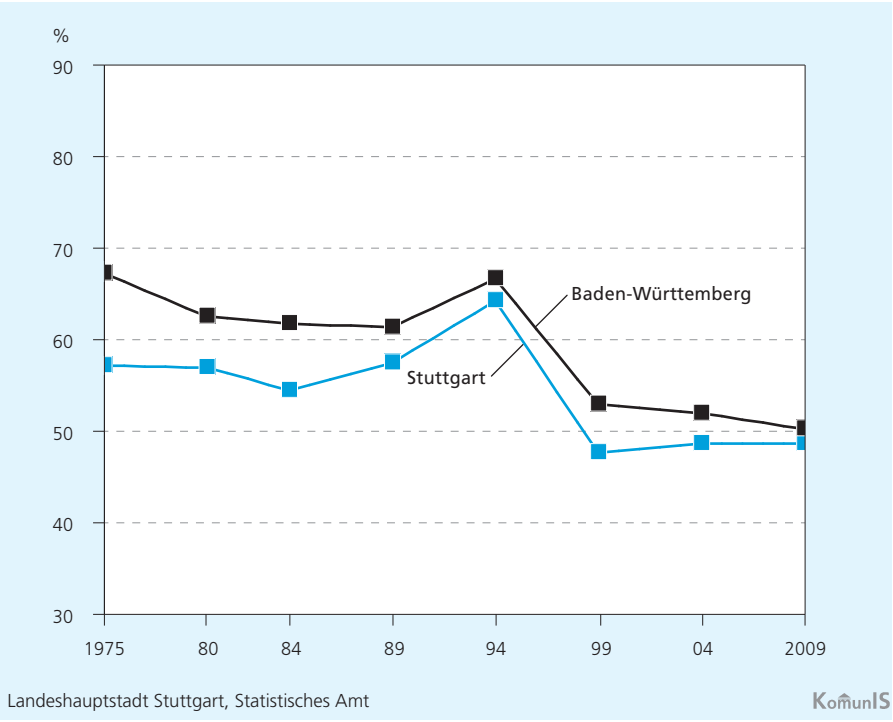
¹Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt: 2007 in zehn Kreisen (Wahlbeteiligung 36,4%) und 2009 in vier Kreisen (Wahlbeteiligung 38,0%)

Quelle: Statistische Landesämter

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KomunIS

Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg und Stuttgart seit 1975



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Gemeinderatswahl 2009 haben nur 49 Prozent aller befragten Wähler/-innen angegeben, dass kommunalpolitische Aspekte für ihre Wahlentscheidung ausschlaggebend waren. 51 Prozent gaben an, dass bundes- oder landespolitische Themen sie zur Stimmabgabe bewegt haben. Andererseits liegen keine Erkenntnisse vor, wie viele kommunalpolitisch interessierte Wahlberechtigte am Wahltag zu Hause bleiben. Die Gründe dafür mögen vom Protest bis zur Einstellung, die anderen werden schon das Richtige wählen, reichen.

Ein schärferes Bild ergibt sich dann, wenn man die Bürger/-innen direkt fragt, wie hoch sie ihr kommunalpolitisches Interesse einschätzen. In Stuttgart wird dies im Rahmen der Bürgerumfrage seit dem Jahr 1997 praktiziert. Damals gaben 55 Prozent an, „stark interessiert" oder zumindest „interessiert" zu sein. In den Folgejahren stagnierte dieser Wert dann bei etwa 46 Prozent.

Inzwischen hat sich in Stuttgart einiges kommunalpolitisch ereignet. Das Thema Stuttgart 21 wurde „heiß und innig" diskutiert. Zahlreiche Infoveranstaltungen und nicht zuletzt die Schlichtung sowie der anschließende Stresstest haben sicherlich dazu beigetragen, kommunale Planungsthemen in Stuttgart weiter in den Vordergrund zu rücken. Dies könnte durchaus eine Erklärung dafür sein, dass 53 Prozent der Stuttgarter/-innen aktuell wieder angeben, an der Kommunalpolitik „sehr interessiert" oder zumindest „interessiert" zu sein (vgl. Tabelle 1). Das sind immerhin sieben Prozentpunkte mehr als bei der vorangegangenen Abfrage im Rahmen der Bürgerumfrage 2007[1].

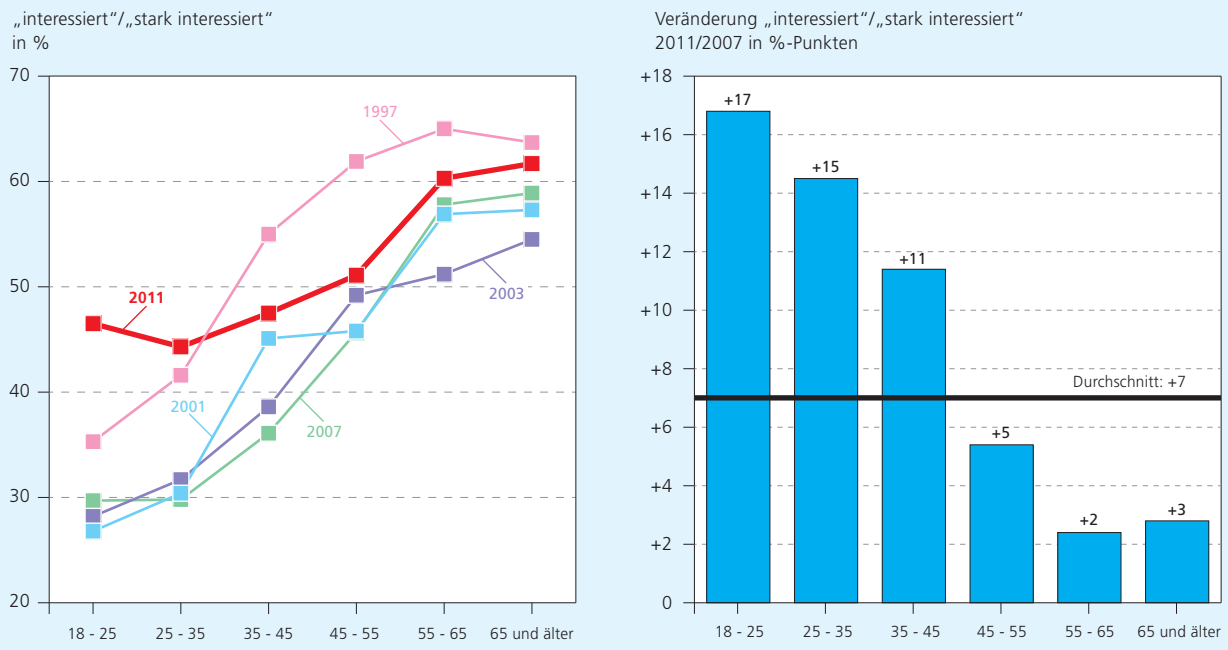
Eine Steigerung gegenüber den Werten von 2007 ist in allen Altersgruppen zu erkennen, am höchsten fällt sie insbesondere in den jüngeren Jahrgängen aus. Bei den 18- bis unter 25-Jährigen fiel das aktuelle Ergebnis 17 Prozentpunkte, bei den 25- bis unter 35-Jährigen 15 Prozentpunkte höher aus als vier Jahre zuvor. In beiden Gruppen wurde damit das höchste Interesse seit der Einführung der Bürgerumfrage gemessen. Das höchste

Tabelle 1: Antwort auf die Frage: Wie stark interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik hier in Stuttgart?

Bürgerumfrage	Stark interessiert	Interessiert	Mittel interessiert	Schwach interessiert	Überhaupt nicht interessiert	Kommunalbarometer
	%					
1997	11	44	29	11	4	62
1999	–	–	–	–	–	–
2001	8	38	31	18	5	57
2003	8	37	30	19	6	55
2005	–	–	–	–	–	–
2007	8	38	32	18	5	57
2009	–	–	–	–	–	–
2011	**13**	**40**	**29**	**14**	**4**	**61**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

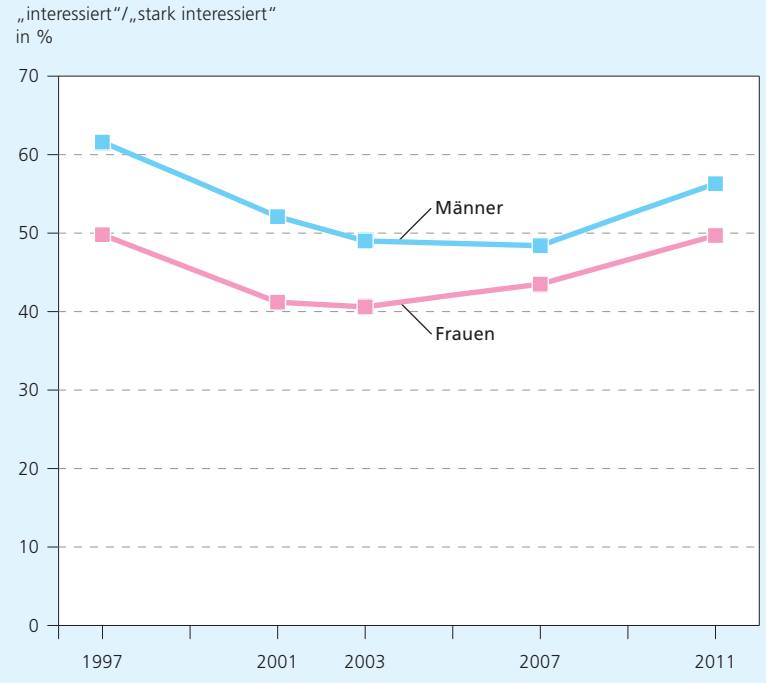
Abbildung 3: An der Kommunalpolitik in Stuttgart „Stark Interessierte“ beziehungsweise „Interessierte“ nach Altersgruppen



n=4114 (2011), 3526 (2007), 2268 (2003), 2357 (2001), 2383 (1997)
Quelle: Bürgerumfragen 1997 bis 2011

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Abbildung 4: Kommunalpolitisches Interesse nach Geschlecht 1997 bis 2011



n=4148 (2011), 3527 (2007), 2277 (2003), 2363 (2001), 2388 (1997)
Quelle: Bürgerumfragen 1997 bis 2011

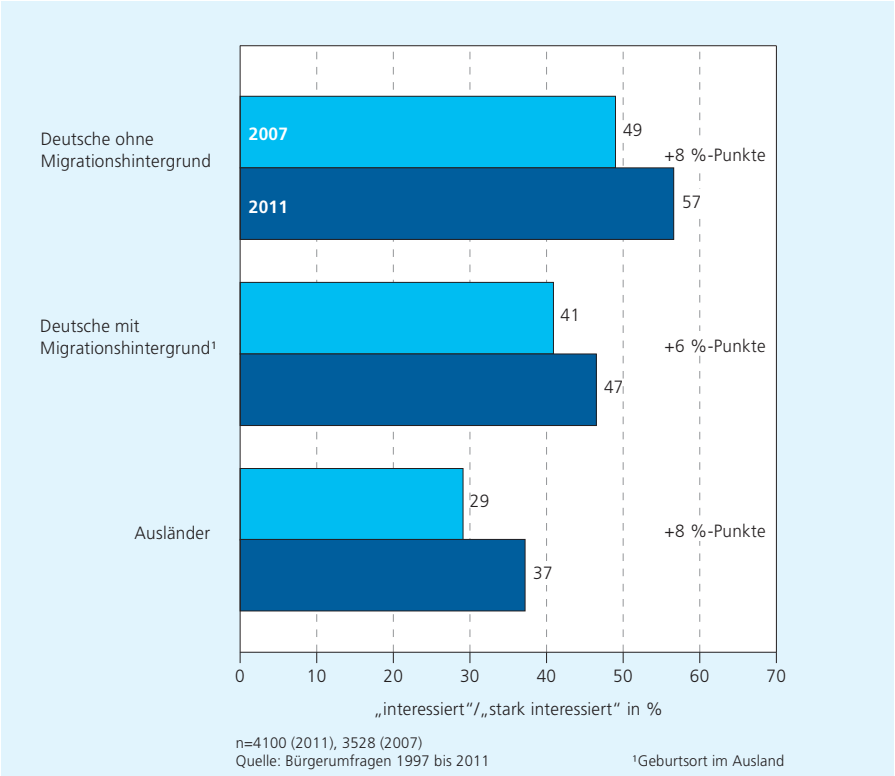
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Interesse schreiben sich nach wie vor die älteren Jahrgänge zu, der Abstand zu den jüngeren hat sich nun aber deutlich verringert (vgl. Abbildung 3).

Nach wie vor ist das Interesse für kommunalpolitische Themen bei Männern ausgeprägter als bei Frauen. Der Abstand zu den Männern hat sich aber über die Jahre langsam verringert: Während die Männer im aktuellen Jahr den Rekordwert von 1997 nicht mehr erreichen konnten, war das bei den Frauen der Fall (vgl. Abbildung 4).

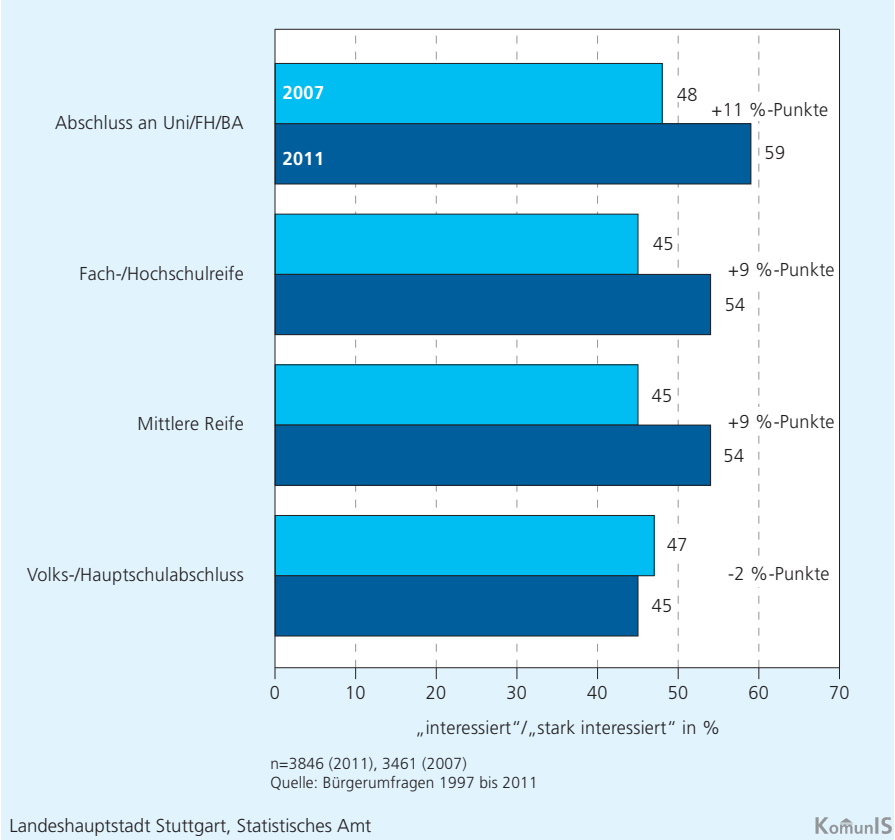
Auch bei den Stuttgarter/-innen mit Migrationshintergrund kann man ein gestiegenes kommunalpolitisches Interesse feststellen. Die Steigerung gegenüber 2007 lag hier im durchschnittlichen Bereich (insgesamt: +7 %-Punkte), der Abstand zu den Deutschen ohne Migrationshintergrund blieb aber gleich. Das kommunalpolitische Interesse der Pass-Ausländer ist weiterhin geringer als das der Deutschen mit Migrations-

Abbildung 5: Kommunalpolitisches Interesse in Stuttgart 2007 und 2011 nach dem Migrationshintergrund



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Abbildung 6: Kommunalpolitisches Interesse in Stuttgart 2007 und 2011 nach dem Bildungsabschluss



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

hintergrund, welches wiederum deutlich von den Deutschen ohne Migrationshintergrund übertroffen wird (vgl. Abbildung 5).

Die Abhängigkeit vom Bildungsabschluss ist im Jahr 2011 ausgeprägter als im Vergleichsjahr 2007 zu erkennen. Am interessiertesten sind die Hochschulabsolventen. Diese Gruppe hat mit plus 11 Prozentpunkten auch am stärksten zugelegt. Etwas weniger Interesse an der Kommunalpolitik als vor vier Jahren zeigten die Stuttgarter/-innen mit Volks- oder Hauptschulabschluss.

Fasst man die Ergebnisse zusammen, kommt man zum Schluss, dass das kommunalpolitische Interesse, insbesondere der jüngeren und gebildeteren Stuttgarter/-innen, nach einer längeren Durststrecke wieder gestiegen ist. Zum einen mag dies an der lebendigen Debatte über das medial omnipräsente Thema Stuttgart 21 liegen, zum anderen zeigen die gestiegenen Wahlbeteiligungsquoten bei den letzten Kommunalwahlen, dass in vielen Teilen Deutschlands derzeit zumindest ein zartes Aufflammen des kommunalpolitischen Interesses vermutet werden kann. Im Interesse einer lebendigen Demokratie bleibt zu hoffen, dass sich dieses Feuer weiter ausbreitet.

1 Garten Cuezva, Silvia; Haußmann, Michael: Das kommunalpolitische Interesse der Stuttgarter Bevölkerung ist gesunken, in: Statistik und Informationsmanagement, 67. Jg. (2008), Monatsheft 7, S. 192-194.